

# KOMMUNALPOLITISCHES FORUM

Informationsblatt des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V.

1. Ausgabe

Monat Oktober 1996

Preis: Spende

## Fünf Jahre Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.

Im Oktober 1996 besteht das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. fünf Jahre. Es wurde am 10.10.1991 in Rudolstadt im heutigen Hotel "Zur Pilsner Schenke" durch zwölf Kommunalpolitiker der PDS offiziell gegründet.

Bereits einige Wochen vorher fanden sich in Erfurt Kommunalpolitiker der PDS zusammen und berieten über Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der kommunalen Bildung. Prof. Dr. Heinz Bartsch stellte damals das Vorhaben aus Berlin und Brandenburg zur Gründung einer PDS-nahen kommunalpolitischen Vereinigung vor. Diese Vereinigung sollte den Namen "Kommunalpolitisches Forum e.V." tragen. Den Vorschlag für diesen Namen unterbreitete übrigens Dr. Jens-Uwe Rössel, der heutige kommunalpolitische Sprecher der PDS - Bundestagsgruppe.

Diese Idee wurde in Thüringen aufgegriffen und es wurde ein Arbeitskreis gebildet, dem u.a. Marina Butzner (Weimar Land), Dr. Rita Bader (Arnstadt), Frank Kuschel (Ilmenau) und Willi Döbber (PDS-Landesvorstand) angehörten. Dieser Arbeitskreis bereitete die Gründung des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V., als parteinahe kommunalpolitische Vereinigung der PDS, vor. Parteinah hieß dabei, daß das

Forum finanziell und personell von der PDS unabhängig arbeiten sollte.

Wenn auch zu Beginn nur sehr vage Vorstellungen von einem Bildungsverein existierten, so war bereits damals klar: Hauptaufgabefeld ist die Hilfe und Unterstützung besonders der Abgeordneten mit PDS-Mandat.

Zur Vereinsgründung wurde Frank Kuschel zum 1. Sprecher und Dr. Rita Bader zur Stellvertreterin gewählt.

## Für eine demokratische Kommunalpolitik

Die Eintragung des Vereins ins Vereinsregister beim Amtsgericht Erfurt erfolgte 1992 unter der Nummer 762.

Laut Satzung verfolgt das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. ausschließlich und unmitttelbar gemeinnützige Zwecke. Eine Anerkennung als gemeinnütziger Verein erfolgte bisher nicht. Diese Anerkennung ist auch nicht zu erwarten, da in Thüringen bisher keine der fünf kommunalpolitischen Vereinigungen die Gemeinnützigkeit anerkannt bekommen hat.

Das Kommunalpolitische Forum hat sich das satzungsmäßige Ziel gesetzt, für eine demokratische Kommunalpolitik einzutreten,

die dem Gemeinwohl und den sozialen Belangen der Bürgerinnen und Bürger sowie den Erfordernissen der Ökologie verpflichtet ist und die die basisdemokratische Beteiligung der BürgerInnen an der Lösung öffentlicher Angelegenheiten in den Kommunen für unverzichtbar betrachtet.

Zweck des Vereins ist es, Abgeordnete, Kommunalpolitiker und kommunalpolitisch Interessierte mit konzeptionellen Angeboten und praktischen Rat zur Seite zu stehen und sie zu unterstützen.

Zur Verwirklichung dieses Satzungszweckes will der Verein in freiwilliger, sachbezogener Zusammenarbeit: den Erfahrungsaustausch zwischen kommunalpolitisch Tätigen und Interessierten fördern, wissenschaftliche Veranstaltungen organisieren sowie kommunale Programme unterstützen, entwickeln, begutachten und publik machen, eine Geschäftsstelle und ein Informationszentrum unterhalten sowie Qualifizierungs- und Bildungsveranstaltungen durchführen.

Der Verein will darüber hinaus seinen Mitgliedern solidarische Hilfe und Unterstützung vermitteln, wenn sich aus der Wahrnehmung kommunalpolitischer Verantwortung Problemsituationen

(Fortsetzung auf Seite 2)

## 5 Jahre Kopofor Thüringen

(Fortsetzung von Seite 1)  
ergeben.

Mitglied im Verein kann jede natürliche und juristische Person werden, die an der Verwirklichung der Vereinsziele interessiert ist.

Derzeit hat der Verein 75 Mitglieder.

Seit 1991 organisierte das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. eine Vielzahl Bildungsveranstaltungen zur gesamten Themenpalette der Kommunalpolitik.

Diese Veranstaltungen wurden organisatorisch und inhaltlich durch die Fraktion der PDS im Thüringer Landtag unterstützt. Besonders zu danken ist an dieser Stelle Helmut Schenk, der als kommunalpolitischer Mitarbeiter der Landtagsfraktion einen großen Anteil am Erfolg der Bildungsveranstaltungen hatte und hat.

Am häufigsten fanden die Veranstaltungen im Plenarsaal des Thüringer Landtag, in Erfurt, statt.

Diese Bildungsarbeit wird auch künftig den Schwerpunkt der Vereinstätigkeit bilden. Zur Zeit wird über die Weiterentwicklung des Bildungs- und Veranstaltungskonzeptes des Vereins diskutiert.

Seit 1. Oktober 1995 unterhält der Verein in Erfurt eine Geschäftsstelle mit einem Informationszentrum. Ab diesem Zeitpunkt ist Frank Kuschel als hauptamtlicher Geschäftsführer tätig.

Über die Geschäftsstelle werden die kommunalen Mandatsträger und Interessierte in ihrer Arbeit unterstützt. Die Arbeit des

Forums gestaltet sich seit diesem Zeitpunkt vielfältiger. Neben der Bildungsarbeit können nun die Fraktionen und Mandatsträger der PDS in ihrer täglichen Arbeit konkret unterstützt werden.

Doch eins ist auch klar: ohne finanzielle Mittel läßt sich Bildungsarbeit nicht organisieren. Das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. wird seit 1992

durch das Land Thüringen finanziell gefördert.

1996 erhielt der Verein vom Land Thüringen einen Zuschuß von 85.000,00 DM.

Durch Mitgliedsbeiträge, Veranstaltungsgebühren und Spenden erwirtschaftet der Verein jährlich ca. 10.000,00 DM an Eigenmittel. Auch in den nächsten Jahren kann mit einer Förderung durch das Land Thüringen gerechnet werden. Jedoch werden die Fördermittel nicht steigen.

Vor einem Jahr wurde ein neuer Vorstand gewählt. Er tagt mindestens vier mal jährlich und ist für die Abarbeitung des Arbeits- und Veranstaltungsplanes und die Einhaltung des Finanzplanes zuständig.

Vorsitzender ist seitdem **Peter Diel**, Mitglied des Thüringer Landtages und Kreistagsabgeordneter im Kyffhäuserkreis. Stellvertreterin ist **Dr. Rita Bader**, Kreistagsmitglied im Ilm-Kreis.

Als Schatzmeisterin fungiert **Ewa Tröger**, die Stadtratsmitglied in Sondershausen und Mitglied des Kreistages des Kyffhäuserkreises ist.

Die weiteren Mitglieder im Vorstand sind: **Heiner Blach** (Ortsteilbürgermeister in Mumsdorf), **Andreas Grünschneder** (Kreistagsmitglied

im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt), **Dr. Heide Wildauer** (Mitglied des Landtages und Kreistagsmitglied in Gotha), **Tilo Gräber** (Stadtrat in Gotha), **Dr. Hans-Jörg Lessig** (Kreistagsmitglied im Wartburgkreis), **Helmut Schenk** (Mitarbeiter der PDS-Landtagsfraktion) und **Rainer Röhner** (Mitglied der Bürgerallianz Thüringens aus Ilmenau). Mit beratender Stimme gehört der Geschäftsführer, **Frank Kuschel**, dem Vorstand an. Er ist Mitglied des Kreistages im Ilm-Kreis.

*Wer weitere Informationen zum Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V. erhalten möchte, kann sich an die Geschäftsstelle in 99086 Erfurt, Eislebener Straße 1, (Tel./Fax: 0361/ 73 61 525) wenden.*

### Schwerpunkt:

### Bildung

### Inhalt

Seite 1/2	5 Jahre KOPOFOR Thüringen
Seite 3	Bildungskonzept
Seite 4	kommunalpolitische Bildung
Seite 5	Weitere Vorhaben
Seite 6	Kommunal Finanzen
Seite 7/8	3. Arbeitsberatung der PDS - Bürgermeister
Seite 9	KOPOFOR und sein Klientel
Seite 10	Kultur auf dem Lande
Seite 10	Impressum

### Diskussion über die Weiterentwicklung des Bildungskonzeptes des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V.

Seit 1991 widmet sich das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. der Bildung von kommunalen Mandatsträgern und Bürgern.

Bis 1995 bildete die Durchführung von Bildungsveranstaltungen auf Landesebene den Schwerpunkt. Dabei gab es eine enge organisatorische und inhaltliche Zusammenarbeit mit der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag.

Jährlich fanden 8 bis 12 Veranstaltungen mit einer durchschnittlichen Beteiligung von 50 Personen statt.

Eine Vielzahl von Referenten aus den unterschiedlichsten Bereichen traten bei diesen Veranstaltungen auf. Nahezu alle Sachgebiete der Kommunalpolitik wurden dabei behandelt.

Seit dem Bestehen einer hauptamtlich geführten Geschäftsstelle, besteht die Möglichkeit ein erweitertes Leistungsangebot anzubieten.

So ist es nun möglich, verstärkt Bildungsveranstaltungen auf regionaler Ebene und in den Kommunen durchzuführen.

Hinzu kommt die konkrete Unterstützung von kommunalen Mandatsträgern, Fraktionen, Kommunen und kommunalpolitisch Interessierten in der kommunalen Arbeit.

Mit diesem erweiterten Leistungsangebot erhöhen und differenzieren sich auch die Anforderungen an die Arbeit des Vereins.

Um diesen erhöhten und differenzierten Anforderungen gerecht zu werden, wird seit Juli

1996 über die Weiterentwicklung des Bildungs- und Veranstaltungskonzeptes des Vereins diskutiert.

Immer wieder wird dabei der Wunsch geäußert, daß mehr Veranstaltungen in den Regionen und auf Landkreisebene stattfinden. Manchen ist der Weg nach Erfurt zu weit oder das Bildungsangebot ist nicht spezifisch genug. Somit sind diese Wünsche durchaus verständlich.

Jedoch muß berücksichtigt werden, daß bei regionalen Bildungsveranstaltungen es nicht möglich sein wird, Referenten in gleicher Art und Weise auftreten zu lassen, wie bei den zentralen Veranstaltungen auf Landesebene.

Die organisatorischen Vorbereitungen für Bildungsveranstaltungen in den Regionen und den Kommunen können auch nicht durch die Geschäftsstelle in Erfurt allein geleistet werden. Hier sind die Vorstände der PDS und die kommunalen Mandatsträger vor Ort gefragt.

So wurde vorgeschlagen, in den Regionen und Kreisen Verantwortliche für kommunale Bildung festzulegen, die dann gemeinsam mit der Geschäftsstelle des Kommunalpolitischen Forums Bildungsveranstaltungen vor Ort organisieren.

Gute Erfahrungen gibt es hier bereits im Ilmkreis, im Kyffhäuserkreis, in Gotha und in Schweina, um nur einige zu nennen. In Ostthüringen will man künftig ähnliche Wege gehen.

Auch wird zur Zeit der Vor-

schlag geprüft, mehrtägige Bildungsveranstaltungen, so u.a. Wochenendseminare, in die Veranstaltungstätigkeit aufzunehmen. Solche Veranstaltungen finden bereits seit mehreren Jahren in Brandenburg statt.

Um zu prüfen, ob es hier tatsächlich einen Bedarf gibt, führt das Forum gegenwärtig eine Befragung zur kommunalpolitischen Bildung durch.

Die Befragungsbögen wurden den Vorständen der PDS und den Fraktionsvorsitzenden zugesendet. Bedauerlicher Weise sind die Rücksendungen zur Zeit noch nicht sehr zahlreich. Sowohl der Diskussionsvorschlag zur Weiterentwicklung des Bildungskonzeptes, als auch die Fragebögen können über die Geschäftsstelle des Vereins abgefordert werden. Wer also an diesem Konzept interessiert ist oder sich noch an der Befragung beteiligen möchte, sollte sich an die Geschäftsstelle in Erfurt wenden.

#### Termine:

Bundeskonferenz der PDS-Bürgermeister am 26. Oktober 1996, ab 10.00 Uhr im Berliner Abgeordnetenhaus

Wochenendseminar der Fraktionsvorsitzenden der PDS der Kreistage und der kreisfreien Städte am 16. und 17. November 1996 in Naumburg

Kommunalpolitische Bildungsveranstaltung in Erfurt am 23. November 1996, ab 9.30 Uhr zum Thema „Beitragsrecht“

### Kommunalpolitische Bildung notwendig?

**Kaum ein kommunaler Mandatsträger hält die kommunalpolitische Bildung für nicht erforderlich.**

Viele spüren, daß das vorhandene Wissen nicht ausreicht, um aktiv Kommunalpolitik zu gestalten. Trotzdem wird die kommunalpolitische Bildung noch zu sehr als eine nebensächliche Aufgabe aufgefaßt. Der Alltag eines Kommunalpolitikers läßt kaum Zeit für Bildung. Also wie die geringe Zeit nutzen, um möglichst viele Kenntnisse zu erlangen?

Eine Bildungsmöglichkeit sind sicherlich die Veranstaltungen des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V.. Die, die daran teilnehmen, schätzen insbesondere, daß hier nicht nur Kenntnisse vermittelt werden, sondern diese Kenntnisvermittlung verbunden wird mit dem Erfahrungsaustausch und der Diskussion zu politischen Inhalten. Trotzdem stagnieren die Teilnehmerzahlen und oftmals sieht man den gleichen Teilnehmerkreis.

Am Veranstaltungsort kann dies nicht liegen, ist doch Erfurt zentral gelegen.

Veranstaltet das Kommunalpolitische Forum seine Bildungsveranstaltungen außerhalb von Erfurt, wie in diesem Jahr in Suhl und in Nordhausen, wirkt sich das auch nicht allzu deutlich auf die Teilnehmerzahlen aus.

Die Idee, mehr Bildungsveranstaltungen in den Landkreisen, Städten und Gemeinden anzubieten, und hier mehr Interessenten zu finden, wird nun in ersten Ansätzen umgesetzt. Doch die ersten Erfahrungen zeigen, daß auch dieses Bildungsangebot nur auf wenig Interesse stößt.

Am wirksamsten wird eingeschätzt, wenn Bildung an konkreten kommunalen Problem erfolgt. Geht es um den konkreten Haushaltsplan einer Kommune, dann ist auch das Bildungsinteresse gut. Ähnlich gestaltet sich die Situation wenn es um solche Satzungen, wie die Straßenausbaubeitragsatzungen geht. Deshalb wird hier das Kommunalpolitische Forum verstärkt wirken. Noch kommen zu wenig eigene Ideen von den kommunalen Mandatsträgern, für die kommunalpolitische Bildung. Ohne diese eigene Ideen besteht jedoch die Gefahr, daß auch künftig die Bildungs- und Veranstaltungsangebote des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V. nicht die Mehrzahl der PDS-Kommunalpolitiker anspricht. Das Kommunalpolitische Forum beabsichtigt noch in diesem Jahr zur Bildungsarbeit eine Diskussionsveranstaltung durchzuführen. Ausgehend von den bisherigen Erfahrungen sollen hier neue Ideen diskutiert werden.

### Beitragsrecht in Thüringen

*Die Erhebung von Ausbaubeiträgen ist zur Zeit ein beherrschendes Thema in der Thüringer Kommunalpolitik.*

*Über die Geschäftsstelle des Kopofor Thüringen kann hierzu vielfältiges Material abgefordert werden.*

*Wer die Zusendung entsprechender Materialien wünscht, wendet sich bitte an das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V., Geschäftsstelle Erfurt, Eislebener Str. 1, 99086 Erfurt (Tel./ Fax: 0361/73 61 525)*

### Wie es weiter geht bestimmen die Kommunalpolitiker selbst!

Das Kommunalpolitische Forum unterstützt zunehmend die kommunalen Mandatsträger, aber auch Bürgerinitiativen und Interessenten in der aktiven Kommunalpolitik.

Dabei ist es oftmals überhaupt nicht möglich allen Anforderungen und Wünschen gerecht zu werden.

Die Leistungsfähigkeit der Geschäftsstelle des Vereins, die nur mit einem hauptamtlichen Mitarbeiter besetzt ist, ist nahezu ausgeschöpft.

Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel erlauben es zur Zeit kaum noch, weitere Maßnahmen und Aktivitäten einzuleiten und zu realisieren. Andererseits ist die Bereitschaft der kommunalen Mandatsträger, aktiv im Verein mitzuarbeiten, nur gering entwickelt. Von den in Thüringen nahezu 900 kommunalen Mandatsträgern mit PDS-Mandat sind zur Zeit 75 Mitglied im Verein.

Wie es mit dem Kommunalpolitischen Forum weitergeht, bestimmen die PDS-Kommunalpolitiker selbst. Je mehr Kommunalpolitiker Mitglied im Verein werden, um so umfangreicher wird das Forum inhaltlich und organisatorisch arbeiten können.

Das Kommunalpolitische Forum wird in den nächsten Wochen verstärkt um Mitglieder werben. Dann wird sich zeigen, inwieweit der Verein für die PDS-Kommunalpolitiker in Thüringen interessant ist.

### Wunsch nach einer eigenen kommunalpolitischen Zeitschrift für Thüringen!

**Immer wieder fordern PDS-Kommunalpolitiker in Thüringen eine eigene kommunalpolitische Zeitschrift.**

Sie erhoffen sich davon mehr Informationen und Erfahrungen aus der Arbeit der Fraktionen und einzelner Mandatsträger. Zwar gibt es bereits eine PDS-nahe kommunalpolitische Zeitschrift, die "Linke Kommunalpolitik" (aus Schkeuditz), diese erfüllte aber bisher nicht die Erwartungen. Hinzu kommt, daß Kommunalpolitik immer länderspezifisch ist, so daß in einer bundeseiten Zeitschrift die Informationen als zu allgemein und unkonkret angesehen werden.

Im Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V. wird auch schon seit längerem über eine eigene kommunale Zeitschrift diskutiert. Ein erster Versuch im Jahre 1991 führte nicht zum Erfolg.

Dabei ist eine solche Zeitschrift nicht so sehr ein inhaltliches, sondern vielmehr ein organisatorisch-finanzielles Problem. Für die organisatorisch-finanziellen Fragen wurde bisher keine praktikable Lösung gefunden. Allein der Druck einer solchen Zeitschrift würde bei einer Auflage von 500 Stück und einer Seitenzahl von 20 Seiten zirka 1.300,00 DM kosten. Hinzu kämen die Kosten für den Vertrieb.

Die Vertriebskosten könnten jedoch erheblich reduziert werden, wenn es möglich wäre, über die PDS-Kreisvorstände den Vertrieb zu organisieren. Doch auch hier sind die Erfahrungen bisher nicht gerade erfolgsversprechend.

Die finanzielle Situation des

Kommunalpolitischen Forums läßt es gegenwärtig nicht zu, daß der Verein eine solche Zeitschrift allein finanziert. Der Verkauf einer solchen Zeitung ist mit einem sehr hohen Aufwand verbunden. Auch hier ist eine Lösung nur gemeinsam mit den PDS-Vorständen denkbar. Diese müßten in ihrem Bereich den Verkauf dieser Zeitschrift organisieren.

Erste Gespräche mit den Kreisvorsitzenden gab es hierzu. Die weitere Diskussion wird zeigen, ob ein solches Vorhaben in nächster Zeit in Thüringen zu realisieren ist.

### Einladung zur Mitgliederversammlung des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V.

Die nächste Mitgliederversammlung des Kopofor Thüringens e.V. findet am **Sonnabend, den 23. November 1996 in Erfurt (Thüringer Landtag, Plenarsaal) im Anschluß an die Bildungsveranstaltung** statt.

*Tagesordnung:*

1. Bericht des Vorstandes über die Arbeit 1996,
2. Bestätigung des Nachtrags Haushaltes 1996,
3. Bestätigung des Arbeits- und Veranstaltungsplanes 1997,
4. Bestätigung des Haushaltsplanes 1997,
5. Sonstiges.

Alle Mitglieder und Interessenten sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand

### Kommunalpolitik aktuell

**Kommunalpolitik duldet keinen Stillstand. Gegenwärtig wird in der PDS, unterstützt durch das KOPOFOR mit Eifer an der Novelierung der Thüringer Kommunalordnung gearbeitet.**

Hierbei geht es in einem ersten Abschnitt um mehr direkte Demokratie und die Aufwertung der Gemeinde - und Stadträte sowie der Kreistagsmitglieder gegenüber ihren Bürgermeistern und Landräten. Mit der Novelierung soll weiter erreicht werden, daß künftig auch in Ortsteilen Bürgerbegehren durchgeführt werden können.

Änderungsbedarf sehen PDS-KommunalpolitikerInnen auch beim Gesetz zur Regelung des kommunalen Finanzausgleiches. Angesichts der wachsenden Finanznot ein aktuelles Thema. Die PDS fordert eine Erhöhung der Investitionspauschale auf 200.- DM pro Einwohner und Jahr und eine gerechtere Schlüsselzuweisung zwischen Landkreisen und Kommunen.

Dauerbrenner sind die Kommunalabgaben. Jetzt zeigt sich, daß die sozialen Härten auch mit der Änderung des Kommunalabgabengesetzes im November vorigen Jahres nicht verhindert werden konnten. Die Bemühungen laufen, um mit der Bürgerallianz Thüringen in wichtigen Punkten Einvernehmen herzustellen. Am 19. Oktober 1996 wird auf dem Erfurter Domplatz davon zu hören sein.

E.B.

### Kommunal Finanzen auch 1997 unter Druck.

**1997 werden die Kommunen in Thüringen weniger Geld haben. Hierzu trägt auch offenbar die Thüringer Landesregierung bei.**

Das Thüringer Kabinett hat am 11.9.96 den Haushaltsentwurf 1997 verabschiedet und dem Landtag zur Beratung zugeleitet.

Entgegen den Festlegungen des Thüringer Finanzausgleichgesetzes (ThürFAG) hat die Landesregierung beschlossen, den kommunalen Finanzausgleich 1997 im gleichen Verhältnis wie den Landeshaushalt zu reduzieren.

So ist vorgesehen, daß sich die Mittel für den kommunalen Finanzausgleich um 77,5 Mio. DM auf 3.877.800.000 DM verringern sollen.

Nach dem bisher vorliegenden Entwurf ist beabsichtigt, die Schlüsselzuweisungen auf den Stand dieses Jahres zu belassen. Die Investitionspauschale für Gemeinden bleibt mit 49,00 DM/Einwohner ebenfalls unverändert. Unverändert geblieben sind auch die Investitionspauschalen für die kreisfreien Städte und Landkreise sowie die Auftragskostenpauschale.

Problematisch ist vor allem, daß die Verwaltungshaushalte immer mehr ins Minus rutschen und die kommunalen Investitionen sich weiter reduzieren. Allein bei den Baumaßnahmen ist ein Rückgang von 10% gegenüber 1995 zu verzeichnen.

Bei der vorgesehenen Konstanz der Schlüsselzuweisungen wird sich diese Tendenz wegen der erwarteten erheblichen Steuermindereinnahmen noch verstärken. Entgegen der Entwicklung

auf Landesebene, wo die Steuereinnahmen zwar nicht so stark ansteigen wie prognostiziert, haben die Thüringer Kommunen absolut geringere Steuereinnahmen gegenüber den Vorjahren zu verkräften.

Allein im 1. Quartal 1996 haben die Thüringer Kommunen 33% weniger Steuern und steuerähnliche Einnahmen eingenommen, als im Vergleichszeitraum 1995.

Hinzu kommt, daß sich ab 1.1.1997 die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer verändert.

Wegen fehlender statistischer Angaben wurde in den neuen Bundesländern der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer bisher entsprechend der Einwohnerzahl verteilt.

Ab 1.1.97 wird das Verteilungsverfahren dem der alten Bundesländer angeglichen und auf der Basis sogenannter Schlüsselzahlen verteilt.

Dies bedeutet, daß zwar der Gemeindeanteil nicht geringer wird, daß es aber zu Verschiebungen bei der Verteilung des Gemeindeanteils zwischen den Kommunen kommen wird. Die Gemeinden mit einer hohen Einkommenssteuerleistung ihrer Einwohner werden künftig einen höheren Anteil erhalten als Gemeinden mit einer niedrigeren Einkommenssteuerleistung.

Noch nicht entschieden ist über die Gewerbekapitalsteuer. Endgültig wird erst im Dezember 1996 feststehen, ob sie in den neuen Bundesländern eingeführt wird bzw. wenn nicht, welche Ersatzleistungen den Kommunen gewährt werden. Bisher erhielten die Kommunen hierfür keine Ersatzleistungen.

Somit steht bereits jetzt fest, daß die finanziellen Spielräume für die Kommunen in Thüringen noch enger werden und kommunale Selbstverwaltung immer mehr zu einer Farce wird.

Das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. unterstützt deshalb die Forderungen nach einer Reform der Kommunal Finanzen, sowohl bezüglich der Erhöhung der eigenen Einnahmen der Kommunen, als auch der Änderungen des kommunalen Finanzausgleiches.

Frank Kuschel

#### **PDS-Stadtratsfraktion Erfurt beschloß Mitgliedschaft im Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V.**

*Während der Fraktionsklausur am 29. September 1996 beschloß der PDS-Stadtratsfraktion Erfurt die Mitgliedschaft im Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V..*

*Durch diese Mitgliedschaft verspricht sich die Fraktion eine neue Qualität der kommunalpolitischen Bildungsarbeit.*

*Künftig sollen regelmäßig während der Fraktionssitzungen zu kommunalen Schwerpunkten Bildungsangebote wahrgenommen werden.*

*Enger will die PDS-Stadtratsfraktion Erfurt mit den anderen PDS-Fraktionen in Mittelthüringen zusammenarbeiten. So soll in den nächsten Wochen eine Abstimmung im Bereich der Abfallentsorgung erfolgen.*

### 3. Arbeitsberatung der Bürgermeister, Ortsteilbürgermeister und Beigeordneter Thüringens mit PDS-Mandat am 27. September 1996 in Hildburghausen

Die Teilnehmer der 3. Arbeitsberatung der Bürgermeister, Ortsteilbürgermeister und Beigeordneter Thüringens mit PDS-Mandat diskutierten und verabschiedeten nachfolgendes Positionspapier zu den Kommunal финанzen:

1.

Die finanzielle Situation der Kommunen in Thüringen spitzt sich immer weiter zu. Die eigenen Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden gingen 1996 gegenüber dem Vorjahr weiter zurück. Sie betragen nur rund 40% der Steuereinnahmen der Kommunen in den alten Bundesländern.

Der Ausgleich der Verwaltungshaushalte wird immer problematischer und gelingt nur durch drastische Kürzungen bei den Ausgaben, insbesondere im sogenannten "freiwilligen Bereich".

Die kommunalen Investitionen sinken. Allein bei den Baumaßnahmen ist 1996 ein Rückgang von mehr als 10% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Die Verschuldung der Kommunen hat innerhalb weniger Jahre fast das Niveau der Kommunen in den alten Bundesländern erreicht.

Die Zuweisungen des Landes stagnieren und sind teilweise rückläufig.

Die Kommunen werden gezwungen, auf Grundlage des Thüringer Kommunalabgabengesetzes, der Thüringer Kommunalordnung, der Thüringer

Gemeindehaushaltsverordnung und von Richtlinien zur Gewährung von Bedarfszuweisungen und Fördermitteln, nicht mehr vertretbare Gebühren, Entgelte und Beiträge von den Bürgern zu erheben.

Verweigern die Kommunen und Zweckverbände den Erlaß von Gebühren- und Beitragsatzungen, besteht die Gefahr der Ersatzvornahme durch die Aufsichtsbehörden. In diesen Fällen werden die Satzungen durch die Aufsichtsbehörden unter Ausschaltung der Kommunen und Zweckverbände erlassen.

Die Privatisierung von kommunalen Leistungen und der Verkauf von kommunalem Eigentum wird als Ausweg aus der Finanzkrise der Kommunen angesehen.

2.

Auch 1997 wird sich an der finanziellen Situation der Kommunen nichts ändern.

Die Thüringer Landesregierung ist offenbar gewillt, zur Verschärfung der finanziellen Situation der Kommunen beizutragen. Anders ist der durch die Thüringer Regierung am 11. September 1996 verabschiedete Landshaushaltsentwurf 1997 nicht zu interpretieren.

Die 1995 im Thüringer Finanzausgleichsgesetz (ThürFAG) festgeschriebene Minderbeteiligung der Kommunen an den Landeseinnahmen findet, wie bereits 1996, auch 1997 seine Fortsetzung. Seit 1995 gingen den Thüringer Kommunen hierdurch ca. 500 Mio. DM an Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich verloren.

Entgegen den Festlegungen des

ThürFAG hat die Landesregierung beschlossen, den kommunalen Finanzausgleich 1997 im gleichen Umfang wie den Landshaushalt zu reduzieren. Fakt ist jedoch, daß die Reduzierung des Landshaushaltes um ca. 1,9% nicht auf weniger Einnahmen zurückzuführen ist, sondern im Wesentlichen in der Reduzierung der Kreditfinanzierungsquote seine Ursache hat. Die Landeseinnahmen steigen nur nicht wie ursprünglich prognostiziert.

Insgesamt verringern sich die Mittel des kommunalen Finanzausgleiches 1997 um 77,5 Mio. DM auf 3.877.800.000 DM.

Nach dem bisher vorliegenden Entwurf ist beabsichtigt, die Schlüsselzuweisungen auf dem Stand des Jahres 1996 zu halten.

Auch die Investitionspauschalen und die Auftragskostenpauschale sollen unverändert bleiben.

Bei der vorgesehenen Konstanz der Schlüsselzuweisungen und den erwarteten erheblichen Steuermindereinnahmen ist damit zu rechnen, daß 1997 der Ausgleich der Verwaltungshaushalte noch schwieriger sein wird, als in diesem Jahr.

Da gleichzeitig auch die Zuweisungen und Zuschüsse des Landes für Investitionen insgesamt um 8% zurückgehen (nur die Investitionspauschale bleibt gleich), führt dies zu einem weiteren Rückgang der Investitionen.

*Fortsetzung auf S. 8*

*Fortsetzung von S. 7*

Diese Tendenz wird noch dadurch verschärft, daß sich die Möglichkeiten der Kreditaufnahme reduzieren und die Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt sich verringern.

Letztlich kommt noch hinzu, daß sich ab 1.1.97 Veränderungen bei der Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer ergeben. Wegen fehlender statistischer Angaben wurde in den neuen Bundesländern der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer bisher entsprechend der Einwohnerzahl verteilt. Ab dem 1.1.97 wird das Verteilungsverfahren dem der alten Bundesländer angeglichen und auf der Basis sogenannter Schlüsselzahlen verteilt. Dies bedeutet, daß zwar der Gemeindeanteil insgesamt nicht geringer wird, aber es zu Verschiebungen bei der Verteilung des Gemeindeanteils zwischen den Kommunen kommen wird. Die Kommunen mit einer hohen Einkommenssteuerleistung ihrer Einwohner werden künftig einen höheren Anteil erhalten, als Kommunen mit einer niedrigeren Einkommenssteuerleistung. Die Steuerkraft der Kommunen wird sich somit erheblich differenzieren.

Auch 1997 ist vorgesehen weitere Aufgaben den Landkreisen, den Städten und Gemeinden zu übertragen, ohne daß hierfür die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel gesichert ist. Hierzu gehören unter anderem der geplante Rechtsanspruch auf einen Hortplatz, Personalkosten durch die Übernahme von Planstellen in der Jugendarbeit, die geplante Umklassifizierung von Landesstraßen in Kreisstraßen.

3.

Wir fordern den Thüringer Land-

tag und die Thüringer Landesregierung auf, sich für eine bessere Finanzausstattung der Thüringer Kommunen einzusetzen.

Hierzu muß über den Bundesrat eine Initiative zur Reform der Finanzverfassung initiiert werden.

Ziele dieser Reform müssen sein: Erhöhung der Wirksamkeit der Einkommenssteuer für die Kommunalfinanzierung. Der Anteil der Gemeinden ist von bisher 15% auf 20% zu erhöhen. Für 1997 ist die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer nach der Einwohnerzahl beizubehalten.

Die Mindereinnahmen aus der Einkommenssteuer sind für die Kommunen auszugleichen. Hier ist eine ähnliche Regelung wie 1996 denkbar, indem die Kommunen aus der höheren Beteiligung des Landes an der Mehrwertsteuer einen Anteil erhalten.

Erhalt und Revitalisierung der Gewerbesteuer. Bei Nichteinführung der Gewerbesteuer ist hierfür ein finanzieller Ausgleich zu gewähren.

Ausgestaltung der Grundsteuer in Richtung eines ökologisch orientierten Bodensteuerkonzepts, verfassungsrechtliche Absicherung der Aufgabenübertragung nur bei voller Kostenerstattung, Gesetzlich garantierte Investitionspauschale von mindestens 200,00 DM pro Einwohner für die nächsten fünf Jahre, Aufhebung der jetzigen "Altschuldenregelung" für gesellschaftliche Einrichtungen. Die "Altschulden" sind ohne Bedingungen zu erlassen.

4.

Vom Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung fordern wir eine Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürFAG) und Änderungen beim Kommunalen Finanzausgleich für 1997.

Die seit 1995 festgeschriebene Minderbeteiligung der Kommunen an den Landeseinnahmen ist aufzuheben.

Der kommunale Finanzausgleich 1997 ist in dem Maße zu erhöhen, wie die Landeseinnahmen tatsächlich steigen.

Ziele der Änderungen des ThürFAG müssen sein:

Erhöhung der zu bildenden Finanzausgleichsmasse für die Bereitstellung für den kommunalen Finanzausgleich,

Erhöhter Ausgleich der Differenz zwischen Bedarfsmeßzahl und Steuerkraft,

Erhöhung der Investitionspauschale zu Lasten zweckgebundener Zuweisungen. In den nächsten fünf Jahren ist die Investitionspauschale auf 200,00 DM pro Einwohner im Jahr zu erhöhen.

5.

Vom Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung fordern wir Änderungen beim Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG).

Ziel ist dabei, daß kommunale Gebühren, Entgelte und Beiträge für die Bürger vertretbar zu gestalten sind.

Für Gebühren und Beiträge bei leitungsgebundenen Einrichtungen und beim Straßenausbau sind gesetzlich festgeschriebene Höchstgrenzen festzulegen. Zu Sicherung dieser Höchstgrenzen ist beim Land ein Ausgleichsfonds zu schaffen.

Die Anpassungsförderung des Landes für wasserrechtliche Anlagen, die bis 31.12.1994 errichtet wurden, ist entscheidend zu erweitern. Nachzufördern sind insbesondere auch getätigte Investitionen in den Ortsnetzen und Sammlern sowie Anlagen, die bisher keine Förderung erhielten.

## KOPOFOR - und seine Klientel

Kenner der Thüringer Kommunalpolitik wissen, daß Kreistage in der Struktur des Freistaates eigentlich ein Schattendasein führen müßten.

Die Entscheidungskompetenzen sind verglichen mit denen von Gemeinde - und Stadträten eher gering, wo etwas entschieden werden könnte ist das Geld knapp, ein direkt gewählter Landrat, der darüber hinaus noch als untere staatliche Behörde wirkt tut ein übriges diesen Eindruck zu verstärken und so reduziert sich das kreisliche Parlament in den Augen mancher KommunalpolitikerInnen anderer Ebenen vor allem darauf, daß dort alljährlich die ungeliebte Kreisumlage beschlossen wird.

Mit diesem „Schicksal“, kann man sich abfinden und ein recht bequemes Dasein führen oder etwas dagegen tun und die für kommunale Verhältnisse vergleichsweise große Öffentlichkeit dafür nutzen eigenständige Politikangebote zu machen.

Die PDS - Kreistagsfraktion im Ilmkreis hat sich für den 2. Weg entschieden. In komfortabler Stärke (9 der 50 Kreistagsmitglieder sind bei der PDS), fast quotiert und mit dem Willen ausgestattet, sich nicht unterkriegen zu lassen, wird seit über 2 Jahren eine engagierte Arbeit geleistet.

Dabei war von Anfang an klar, daß sich die parlamentarische Arbeit nicht nur darauf konzentrieren kann, zu Vorlagen der Verwaltung oder anderer Fraktionen Ja oder Nein zu sagen, sondern eigenständiges eingebracht werden sollte. Mit einem kreislichen Wahlprogramm waren gute Voraussetzungen dafür geschaffen worden.

Heute stehen als Bilanz über 60

Anfragen im Kreistag und knapp 20 eigene Beschlußanträge.

Nun bedeutet Quantität nicht automatisch Qualität und oft, wie z.B. bei der Novelierung der kreislichen Vergabeordnung (einheimische Betriebe sollten bei der Vergabe von Aufträgen des Landkreises bevorzugt werden) waren dem Eifer Grenzen gesetzt.

Dennoch überwiegen die Erfolge.

Der „Runde Tisch ABM“, hat sich zu einer festen Institution im Kreis entwickelt.

Es gibt einen Gleichstellungsausschuß. Beides auf Initiative der PDS.

Zeichen konnten gesetzt werden, so bei den Müllgebühren, die 1997 von 98,40 DM pro Einwohner und Jahr auf rund 90.- DM gesenkt werden wird.

Auf unsere Initiative wurde die Anzahl der Azubis im Landratsamt in diesem Jahr von ursprünglich geplanten 4 auf 8 erhöht.

Volle Säle wurden bei öffentlichen Anhörungen organisiert als es Anfang dieses Jahres um die Schulnetzplanung ging oder in diesem Sommer der Nahverkehrsplan auf der Tagesordnung stand.

Es wäre übertrieben zu behaupten, dies konnte nur gelingen, weil es das Kommunalpolitische Forum gibt.

Wahr ist aber auch, ohne die Angebote von dieser Seite wäre manches schwerer gefallen und manches gar nicht passiert.

Die PDS - Kreistagsfraktion ist Mitglied des Kommunalpolitischen Forums, wir legen Wert darauf, daß mindestens 2 - 3 Fraktionsmitglieder die regelmäßig

angebotenen Bildungsveranstaltungen besuchen und jeder auf seinem Fachgebiet mit den Informationsmaterialien vertraut ist.

Zwei bis dreimal jährlich organisiert die Fraktion gemeinsam mit dem KOPOFOR im Kreis den Kommunalpolitischen Tag, zu dem alle KommunalpolitikerInnen mit PDS - Mandat eingeladen werden und in der Mehrzahl auch erscheinen.

Gegenwärtig wird in der PDS oft sehr abstrakt über das Thema Opponieren oder Regieren diskutiert. KommunalpolitikerInnen der PDS läßt dies in der Regel kalt und manch einen gruselt es angesichts der Möglichkeit, in parlamentarische Mehrheiten eingebunden das zu verantworten, was jetzt mit ausgehöhlter kommunaler Selbstverwaltung und knapper Kassen zu verantworten ist.

Ein Weg wäre, alles stehen und liegen zu lassen und auszusteigen.

Der andere Weg heißt die Herausforderung anzunehmen und Alternativen zu suchen.

Das wird immer schwerer, besonders für die PDS, die kaum über leitende hauptamtliche Leute in den Verwaltungen verfügt und die Kompetenz vieler Abgeordneter in den Städten und Gemeinden in der Zeit vor 1990 erworben worden ist. Darüber hinaus wird diese Suche auf kommunaler Ebene eine Gratwanderung zwischen Sachzwängen und Ansprüchen an sozialistische Politik und jeder weiß, daß diese Sachzwänge nicht durch Ignorieren überwindbar sind und hohe Ansprüche nur mit intelligenten Lösungen realisiert werden können.

Als einziger Ausweg bleibt, trotz permanenter Zeitnot, **Bildung**. (e.b)

## Kultur auf dem Lande

Ilmenau (eb). In einem kleinen, aber interessierten Kreis, diskutierten in einer vom Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V. organisierten Veranstaltung, Kulturverantwortliche aus dem Ilm-Kreis Möglichkeiten kultureller Angebote effizienter anzubieten.

Die Geschäftsführerin des Kulturfördervereins Mittelhessen e.V., Frau Sibille Atzbach, stellte hierzu in der Ilmenauer „Alten Försterei“ ihr Projekt „Kultur auf dem Lande“ vor.

Anliegen dieser Veranstaltung war es, Anregungen für ähnliche Projekte in Thüringen zu geben und Möglichkeiten des Künstlertausches zwischen Thüringen und Hessen zu diskutieren.

Frau Atzbach konnte dabei auf umfangreiche Erfahrungen zurückgreifen, die besonders bei der Vorbereitung und Durchführung des mittelhessischen Kultursommers, der 1996 bereits zum vierten mal in dieser Region stattgefunden hat, gesammelt werden konnten.

Ausgestattet mit finanziellen Mitteln des hessischen Kulturministeriums, der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen und Sponsorengeldern, fördert der Verein in einem Gebiet, das 101 Kommunen, 5 Landkreise sowie die Städte Gießen, Marburg und Wetzlar umfaßt, alles was an Kultur in bezug auf Mittelhessen angeboten wird und in der Zeit des Kultursommers stattfinden kann.

Der Verein arbeitet, bis auf die Geschäftsführerin, ausschließlich ehrenamtlich.

In den Genuß der Förderung kommen vor allem Kulturgruppen aus der Region, aber auch aus anderen Gebieten des In- und Auslandes sind Künstler herzlich willkommen, wie Frau Atzbach ausdrücklich ausführte.

In diesem Zusammenhang bedauerte sie, daß 1996 keine einzige Thüringer Kulturgruppe im Rahmen des vom 15. Juli bis zum 15. September dauernden Kultursommers teilgenommen hat.

**„Durch die Arbeit der Verwaltung bestimmt diese die Kultur der Kultur“.**  
(Sibille Atzbach)

denverkehrsamt Elgersburg, Frau Jekat, angekündigt worden ist, mit der Volkstanzgruppe das Angebot für Auftritte in Hessen anzunehmen.

Beeindruckt waren die hiesigen Vertreter der Kulturpolitik, unter ihnen Dr. Schäfer vom Kulturstadamt des Landkreises, von der Tatsache, daß in einem so großen Gebiet, kulturelle Angebote unter einem Motto zusammengefaßt und koordiniert werden konnten. Die sich entwickelnde Diskussion zeigte, daß sich der Ilm-Kreis mit seinen kulturellen Angeboten nicht zu verstecken braucht.

Angesichts der Vielzahl und der zunehmenden Vielfalt von Veranstaltungen sicherlich zu recht. Was oftmals fehlt, ist die Koordination.

Ein Zustand, der sich 1997 sicherlich ändern wird, da von der Vertreterin des Fremdenverkehrsamt Elgersburg,

### 4. Arbeitsberatung der Bürgermeister und Ortsteilbürgermeister Thüringens mit PDS-Mandat

Die 4. Arbeitsberatung der Bürgermeister und Ortsteilbürgermeister Thüringens mit PDS-Mandat wird am 6. Dezember 1996, um 16.00 Uhr in Hohenleuben (Landkreis Greiz) stattfinden.

Nähere Informationen erhält man über die Geschäftsstelle des Kommunalpolitischen Forums.

#### Impressum:

##### Herausgeber:

Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.  
Geschäftsstelle Erfurt, Eislebener Str. 1, 99086 Erfurt,  
Tel./Fax: 0361/73 61 525  
V.i.S.P. Frank Kuschel  
(Geschäftsführer)

„Kommunalpolitisches Forum“ erscheint unregelmäßig in einer Auflage von 500 Stück.

Bestellung: über Geschäftsstelle des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 09.10.96

Redaktionelle Mitarbeit: Eckhardt Bauerschmidt, Frank Kuschel

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen eine persönliche Meinungsäußerung dar.

Artikel und Zuschriften, die dem Anliegen des Kommunalpolitischen Forums entsprechen und die veröffentlicht werden sollen, sind an die Geschäftsstelle zu senden.